

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 42 (2015)
Heft: 2

Artikel: Die Wahlen, das Geld und die (Medien-)Demokratie
Autor: Kohler, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910908>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wahlen, das Geld und die (Medien-)Demokratie

GEORG KOHLER

Wer über «Politik» nachdenkt, muss überlegen, ob von grundsätzlichen Fragen, von spezifischen Strategien oder von den Aktivitäten des politischen Tagesgeschäfts die Rede sein soll. Die angelsächsische Politikwissenschaft markiert diese drei Felder durch Termini. Sie spricht von Polity, sofern die erste, von Policy, wenn die zweite und von Politics, wenn die dritte Kategorie im Blick steht.

Der Zusammenhang von Geld (=Macht) und demokratischem Abstimmungsverhalten ist unter allen drei Hinsichten interessant.

■ Sollen die Geldflüsse zwischen Spendern und Parteien transparent gemacht werden? – Das ist ein Problem der Grundordnung, der Polity.

■ Möchte man die Art betrachten, wie für eine Position geworben wird? – Dann ist es eine Sache der Policy-Analyse.

■ Oder interessiert die Frage, wie (private) Geldgeber und Parlamentarier hinsichtlich umstrittener Regulierungsgeschäfte kooperieren? – Dann ist man auf dem Boulevard der Politics.

Für Spielfilme ist vor allem die Beobachtung düsterer Machtintrigen im Labyrinth politisch-persönlicher Verstrickungen ergiebig. Wobei wir natürlich davon ausgehen, dass derartige Machenschaften immer nur in Englisch, Französisch oder Italienisch geschehen. An einen jüngeren Beitrag in Dialektfassung zum Thema «Gekaufte Politik» kann ich mich jedenfalls nicht erinnern.

Gewiss munkelt man auch hierzulande über die eine oder andere Entscheidung und Kehrtwende, die sich vielleicht durch – nobel gesagt – «merkurische Konstellationen» erklären liessen. Doch ohne Beweisfakten sind entsprechende Behauptungen selbstmörderisch.

Wechseln wir darum auf die Ebene der Polity und der Gesetzgebung. Es sei, schreibt der Bundesrat in einer Mitteilung vom November letzten Jahres, eben schweizerisch, keine auf Transparenz dringende Rechtsordnung in Sachen Parteienfinanzierung zu haben. So etwas sei mit den «Eigenheiten des Schweizer Systems» nicht zu vereinbaren. Überhaupt seien in unserem Land «das politische Leben sowie die Finanzierung der Parteien in der Wahrnehmung der Bevölkerung» sehr weitgehend «die Sache privaten Engagements und nicht des Staates».

Die Verlautbarung lieferte die Antwort auf eine Rüge des Europaratsgremiums Greco: Groupe d'Etats contre la



Georg Kohler ist emeritierter Professor für politische Philosophie der Universität Zürich. Er beobachtet und analysiert für die *Auslandschweizer* über das ganze Jahr den Wahlkampf 2015

Corruption, dem die Laxheit im schweizerischen Verhältnis von Geld und politischer Macht aufgefallen war.

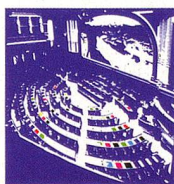
Man muss nicht unfreundlich eingestellt sein, um die Entgegnung des Bundesrates nicht überzeugend zu finden. Denn erstens ist es selbst in unserem Fall evident, dass überlegene Finanzmittel einen Unterschied machen: Je schwächer die Bindungen zu den herkömmlichen Parteimilieus, je fluidier die Meinungen der auf gut orchestrierte Stimmungslagen reagierenden Menschen geworden sind, desto wichtiger ist eine flächendeckend betriebene Aufmerksamkeitsökonomie. Und diese kostet, es braucht Geld. Geld, wovon hierzulande – wie überall – die einen sehr viel mehr besitzen als die anderen.

Zweitens ist auch in der Schweiz der Kampf um die Meinungsgunst des politisch mobilisierbaren Publikums permanent geworden. Wer ihn erfolgreich führen will, braucht einen gut geölten, ständig und professionell betriebenen Kampagnenapparat. So ganz überflüssig scheint die Europaratsfrage nach der Gewährleistung von Transparenz also nicht zu sein.

Meinungsmanagement zielt auf Zustimmung und Folgebereitschaft. Eine diesbezügliche Policy, die nicht stärker auf Gefühle setzt als auf Rationalität, wird in der heutigen, «boulevardisierten» Medienöffentlichkeit keine Mehrheit gewinnen. Stimmungen sind wichtiger als Argumente und Reflexion. Wer seine Argumente nicht in eine ebenso einfache wie emotional geladene Geschichte übersetzen kann, der wird in der gegenwärtigen Gesellschaft niemals deutlich genug wahrgenommen, um siegen zu können.

Das wäre weniger schlimm, wenn die wirkungsmächtigste Erzählform nicht das Dispositiv der Freund-Feind-Unterscheidung wäre. Die Politik aus dieser Perspektive zu begreifen, verlangt, sie in ein Schema unvermittelbarer Gegensätze zu pressen – und sie dadurch in einen Zustand zu verwandeln, der die alten Schweizer Tugenden der Kompromissuche und Integrationsbereitschaft zerstört.

Es ist zu hoffen, dass die Verbindung zwischen policy-fähigem Geld und neueidgenössischer Mediendemokratie, die der Bundesrat für ein zweitrangiges Problem hält, nicht exakt dies zersetzt, worauf er und wir stolz sind: «die Eigenheiten des Schweizer Systems».



WAHLEN
2015